

Pressemitteilung

## **Wirtschaftsrat Mecklenburg-Vorpommern fordert sofortigen Einstieg in den Lockdown-Ausstieg**

**Landesvorsitzender Andreas Mau: Nach monatelangen Belastungen werden Maßnahmen benötigt, um die Wirtschaft wieder zu öffnen und den Menschen Planungssicherheit zu bieten.**

Schwerin. 24. Februar 2021

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V., Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, fordert einen sofortigen Einstieg in den Lockdown-Ausstieg und legt einen dreistufigen „Perspektivplan für die Wiedereröffnung von Wirtschaft und öffentlichem Leben“ vor. „Mit der Verlangsamung der Infektionsketten und der beschleunigten Zunahme der Zahl genesener Bürger haben Bund und Länder jetzt die Chance für den Einstieg in den Ausstieg aus der Lockdown-Phase“, sagt Landesvorsitzender Andreas Mau. „Nach Monaten mit enormen Belastungen werden jetzt konsequente und verlässliche Maßnahmen benötigt, um die Wirtschaft wieder zu öffnen und den Menschen Planungssicherheit zu bieten.“ Im Vorfeld der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz hat der Wirtschaftsrat deshalb ein dreistufiges Öffnungskonzept vorgelegt, das von den Ländern nach Möglichkeit bundeseinheitlich umgesetzt werden sollte.

„Die Wiederöffnung darf dabei nicht starr am Inzidenzwert festgemacht werden“, mahnt Landesvorsitzender Andreas Mau. „Wir schlagen die Einführung eines dynamischen Faktors vor, der die jeweilige Auslastung der Intensivkapazitäten, die Reproduktionszahl und weitere epidemiologische Aspekte wie das Auftreten von Mutationen, die Situation des Gesundheitsdienstes und in der Perspektive auch die Impfquote in die Entscheidung über Öffnungsschritte einbezieht.“ Im ersten Schritt des Perspektivplans würden insbesondere Schulen und Bildungseinrichtungen mit Hygienekonzepten öffnen, in der zweiten Öffnungsstufe wären Einzelhandel, Hotellerie und Gastronomie dran, in der dritten Stufe sollen alle Kontaktbeschränkungen wegfallen und das Land in den vollständigen Normalbetrieb übergehen.

„Lediglich die AHA-Regeln für Abstand, Hygiene und Masken sollen weiter gelten, bis die Impfungen abgeschlossen sind“, erklärt Landesvorsitzender Andreas Mau. „Die weitere gesundheitliche Gefährdung insbesondere älterer Mitmenschen und der fortgesetzte wirtschaftliche Schaden in weiten Teilen der Wirtschaft können nur durch eine erfolgreiche Impfkampagne begrenzt werden. Das Zieldatum im September ist zu wenig ehrgeizig“, so Andreas Mau weiter.